

Das Magazin für den
öffentlichen Dienst

März 2022

Wahlstadt magazin

Unentbehrlich für
Berlins einzigartige
Clubszene

**GUTE
NACHT,
BERLIN**



dbb
beamtenbund
und tarifunion
berlin

CLUBCOMMISSION



© Friedhelm Windmüller

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die ersten Kennenlerngespräche mit der Regierenden Bürgermeisterin und dem für den öffentlichen Dienst maßgeblichen Finanzsenator stimmen durchaus zuversichtlich. Sowohl Franziska Giffey als auch Daniel Wesener zeigten sich kenntnisreich und aufgeschlossen gegenüber den drängenden Problemen des öffentlichen Dienstes. Abzuwarten bleibt natürlich, wie deren politische Lösungen aussehen werden, die schnelle Übertragung der Coronaprämie auf die Beamtinnen und Beamten ist aber auf jeden Fall ein erstes positives Signal.

Auf Verständnis gestoßen ist der dbb berlin auch in Gesprächen mit einer Reihe von Bezirksbürgermeistern: Alle wollen entschieden die Gewalt gegen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes bekämpfen.

Sehr ausführlich berichten wir in dieser Ausgabe, warum die Bearbeitungszeiten in der Beihilfestelle – sehr zum Verdruss der beihilfeberechtigten Antragsteller – in der Pandemie erheblich angeschwollen sind.

Titelthema dieser Ausgabe ist die Clubkommission, die einen beachtlichen Beitrag dazu leistet, dass Berlin speziell für jüngere Leute so attraktiv bleibt, wie es mit seiner einzigartigen Clublandschaft seit über 20 Jahren ist.

Ein kleines Stück bunter und vielfältiger in ganz anderer Hinsicht hat ein „Einzelkämpfer“ die Hauptstadt gemacht. Sein persönlicher Einsatz für die Auszeichnung des Jakobswegs in Berlin war uns allemal einen Bericht wert.

Schließlich feiern wir uns in dieser Ausgabe auch ein wenig selbst: Das hauptstadt magazin ist nämlich gerade 20 Jahre alt geworden und hofft natürlich auf eine mindestens ebenso lange Zukunft.

Bleiben Sie uns deshalb treu.

Ihr

Frank Becker,
Landesvorsitzender dbb berlin

Inhalt

Besoldung und Versorgung	
Weg für Coronaprämie frei	4
Gespräche	
Kennenlerngespräch mit Franziska Giffey	5
Erster Meinungsaustausch mit Daniel Wesener	6
Bezirke zeigen klare Kante	7
Beihilfe	
Fluch der Technik	8
In eigener Sache	
Das hauptstadt magazin hat Geburtstag	10
Titelthema	
Die Clubcommission	12
Unterhaltung	
Der Jakobsweg in Berlin	13
Preisausschreiben	15
Zum Schluss	
Lehrkräftemangel verschärft sich	16
Besteuerung anpassen	16
Jetzt ist es amtlich	16

Impressum

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb beamtenbund und tarifunion berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin.

Redaktion: Annemarie Wellige. **Telefon:** 030.3279520.

Telefax: 030.32795220. **Internet:** www.dbb.berlin.

E-Mail: post@dbb.berlin. Einzelmitglieder in den Fachgewerkschaften und -verbänden des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt.

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem DBB Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin.

Telefon: 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.

Internet: www.dbbverlag.de. **E-Mail:** post@dbb.berlin.

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0.

Telefax: 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@

dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen,

Telefon: 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Andrea

Franzen, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:**

Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. Preisliste 19,


gültig ab 1.1.2022. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH &

Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern.

Layout: FDS, Geldern. **Fotos:** wie angegeben.

Titelbild: Clubcommission

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors und nicht immer die Meinung des Herausgebers wieder.



Coronasonderzahlung beschlossen – aber leider nicht für alle!

Das Abgeordnetenhaus hat in seiner Plenarsitzung am 28. Januar 2021 eine Coronasonderzahlung für die Berliner Landesbeamtinnen und -beamten beschlossen. Damit wird die Übertragung eines besonders eilbedürftigen Teils des Tarifergebnisses für die Arbeitnehmer im Landesdienst auf die Landesbeamten vorgezogen, weil die sogenannte Coronaprämie bislang aus steuerrechtlichen Gründen nur bis 31. März 2022 – wie vorgesehen steuerfrei – gewährt werden kann.

Nach Feststellung des dbb berlin weist diese richtige und rechtzeitige Teilübertragung des Tarifabschlusses für die Arbeitnehmer im Landesdienst aber einen ganz entscheidenden Mangel auf: Die Versorgungsempfänger bleiben außen vor und sollen erst in die linearen Erhöhungen ab 1. Dezember einbezogen werden.

Wenig Verständnis für diese Regelung zeigt der Vorsitzende des dbb berlin, Frank Becker: „Von der stark steigenden Inflationsrate und den beträchtlichen Beitragserhöhungen in der restkostendeckenden Krankenversicherung sind die Pensionäre genauso betroffen wie ihre aktiven Kolleginnen und Kollegen. Trotzdem soll ihnen jetzt bis November 2022 eine deutliche Minusrunde zugemutet werden. Der dbb berlin, der schon frühzeitig bei den politisch Verantwortlichen auf eine der Coronaprämie vergleichbare Zahlung an die Versorgungsempfänger gedrängt

hatte, mahnt deshalb erneut, die Kolleginnen und Kollegen nicht zu übergehen, die dem Land Berlin in der Vergangenheit zuverlässig gedient haben.“

Noch sei die Gelegenheit dazu nicht vertan, betont dbb Landeschef Becker und verweist auf das noch ausstehende Besoldungsanpassungsgesetz. Der Mangel könne darin noch rechtzeitig korrigiert werden.

Außerdem geht der dbb Landeschef davon aus, dass nach dem Vorziehen der Coronaprämie aus steuerrechtlichen Gründen auch die übrigen Komponenten des Tarifabschlusses zügig auf die Landesbeamtinnen und Beamten übertragen werden.

Der dbb berlin hatte die zeit- und inhaltsgleiche Übernahme des Tarifergebnisses TV-L auf die Beamtinnen und Beamten des Landes bereits im Dezember vergangenen Jahres in Schreiben an die Parlamentarier, den Finanzsenator und die Regierende Bürgermeisterin von Berlin eingefordert. ■

Erster Meinungsaustausch mit Franziska Giffey

„Am Ende muss das einer umsetzen ..“

So brachte die Berliner Regierungschefin Franziska Giffey die grundlegende Bedeutung eines zuverlässig arbeitenden öffentlichen Dienstes für die Umsetzung politischer Entscheidungen und die Funktionsfähigkeit von Staat und Gesellschaft auf den Punkt. In einem ersten Meinungsaustausch mit der dbb Landesleitung am 9. Februar 2022 unterstrich die Regierende Bürgermeisterin zugleich die hohe Verantwortung des Landes Berlin als weitaus größtem Arbeitgeber der Hauptstadt für sein Personal.

„Verwaltungsbashing“ werde es mit ihr nicht geben, es gelte vielmehr den eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern den Rücken zu stärken, bekräftigte Giffey auch im Zusammenhang mit der von dbb Landeschef Frank Becker eingeforderten wirksameren Bekämpfung der ausufernden Gewalt gegen die Landes- und Kommunalbedienstete. „Es ist nicht in Ordnung, wenn die Beschäftigten angefeindet werden. Die Kolleginnen und Kollegen haben Rückendeckung verdient“, so Giffey wörtlich.

Für die dbb Landesleitung in den vergangenen Jahren eher seltene Worte der Wertschätzung und Anerkennung aus dem Berliner Senat, die hoffentlich in der Personalpolitik deutlichen Niederschlag finden werden.

Auch Fortbildungsveranstaltungen sollten, so die Anregung des dbb berlin, künftig nicht ausschließlich Sachinformationen vermitteln, sondern die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auch in ihrer Leistungsbereitschaft stärken und motivieren.

Einig war man sich bei dem ersten Kennenlerngespräch mit der Berliner Regierungschefin auch darüber, dass der Verbleib Berlins in der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) nicht gefährdet



Interessiert an Informationen des dbb berlin: Franziska Giffey

werden darf. Eine Abschaffung der Hauptstadtzulage (ohne Kompensation) sei allerdings auch nicht vermittelbar. Der dbb berlin bekräftigte in dem Zusammenhang auch seine Forderungen zur zeit- und inhaltsgleichen Übernahme des Tarifergebnisses (TV-L) auf die Berliner Beamten und Ruhestandsbeamten.

In Sachen Gewalt gegen Beschäftigte nutzte dbb Landeschef Frank Becker das Gespräch und sicherte sich schon jetzt die Teilnahme der Regierenden Bürgermeisterin an der nächsten Personal- und Betriebsrätekonferenz des dbb berlin, die sich Ende August ausführlich mit dieser Thematik befassen wird.

Gekennzeichnet war das gesamte Treffen der Regierenden Bürgermeisterin mit der dbb Landesleitung, die neben Frank Becker durch Synnöve Nüchter, Martina Riedel und Thomas Goiny vertreten war, von einer ausgesprochen offenen, ungezwungenen und zugewandten Gesprächsatmosphäre. dbb Landeschef Becker: „Der erste Aufschlag mit der Regierenden Bürgermeisterin ist aus der Sicht des dbb berlin gelungen. Wir gehen davon aus, dass wir die wichtigen Themen des öffentlichen Dienstes in Berlin auch in weiteren Gesprächen inhaltlich vertieft besprechen und gemeinsam vorantreiben können.“ ■

Die Regierende Bürgermeisterin mit der Delegation des dbb berlin im Roten Rathaus: dbb Landeschef Frank Becker, stellvertretende Landesvorsitzende Synnöve Nüchter, Franziska Giffey und die stellvertretenden Landesvorsitzenden Martina Riedel und Thomas Goiny (von links)



© Senatskanzlei

Kennenlerngespräch mit Finanzsenator Wesener

Große Hoffnung auf gute Zusammenarbeit

Um der Berliner Verwaltung aus ihrer personellen Misere herauszuführen, bedarf es nicht nur enormer materieller Anstrengungen und großen Ideenreichtums, sondern auch einer konstruktiven Zusammenarbeit zwischen dem Senator für Finanzen als Dienstherrn und Arbeitgeber einerseits und den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes als Beschäftigtenvertretungen andererseits. Hatte sich diese in den vergangenen Legislaturperioden bisweilen eher holprig gestaltet, so scheint Ende Dezember 2021 mit Daniel Wesener nicht nur ein neuer Finanzsenator, sondern auch ein offeneres Klima in der Klosterstraße eingezogen zu sein.

Das erste Kennenlerngespräch der dbb Landesleitung mit dem neuen Finanzsenator am 2. Februar 2022 war jedenfalls von gegenseitigem Verständnis und dem Willen geprägt, die drängenden Probleme des öffentlichen Dienstes in Berlin gemeinsam bestmöglich zu lösen.

Probleme hat Wesener mehr als genug von seinen Amtsvorgängern „geerbt“. So drängte dbb Landeschef Frank Becker bei dem Meinungsaustausch unter anderem darauf, schnellstmöglich eine verfassungsgemäße Besoldung durch ein entsprechendes Reparaturgesetz wiederherzustellen und den im Oktober 2025 drohenden endgültigen Rauswurf aus der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) zu verhindern. Einig waren sich die Gesprächsteilnehmer in diesem Zusammenhang darüber, dass der Verbleib in der TdL ohne Einkommenseinbußen für die Beschäftigten sichergestellt werden sollte.

Landesverwaltungsamt technisch aufrüsten

Auf offene Ohren stieß Becker beim Finanzsenator und seinem am Gespräch beteiligten Fachteam mit seinen Klagen über verzögerte Beihilfebearbeitungen. Infolge einer nicht Homeoffice-tauglichen technischen Ausstattung des Landesverwaltungsamts dauere es gegenwärtig bis zu acht Wochen, bevor die Antragsteller ihren Bescheid erhielten. Ein unhaltbarer Zustand, speziell für chronisch Kranke, fand auch der Finanzsenator und sagte schnellstmögliche Abhilfe zu.



Daniel Wesener

Interessiert zeigte sich Wesener, zu dessen Aufträgen laut Koalitionspapier auch die Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes zählt, an den dazu vom dbb berlin unter anderem bei einer Klausurtagung der Landesleitung im vergangenen Jahr geleisteten Vorarbeiten. In Anbetracht der vielen aktuellen Probleme dürfte allerdings nicht vor nächstem Jahr mit einem Referentenentwurf zu rechnen sein.

Anerkennung für schnelle Umsetzung

Außerordentlich schnell reagiert hat die Senatsverwaltung für Finanzen dagegen bei der Übertragung der Coronaprämie auf die Beamten, wofür dbb Landeschef Frank Becker bei dem Gespräch ausdrücklich dankte. Zugleich warb Becker erneut für ein Äquivalent für die Versorgungsempfänger, die nach derzeitigem Stand zwölf Monate lang ohne jede Anpassung ihrer Bezüge bleiben.

Weiteres Gesprächsthema war die Umgestaltung des Karriereportals „HAUPTSTADT MACHEN“. Der stellvertretende dbb Landesvorsitzende Thomas Goiny regte schließlich an, bei den routinemäßigen Treffen des dbb berlin mit dem Finanzsenator, an denen Wesener unverändert festhalten will, Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Dienstes zu beraten.

Nach dem ersten angenehmen Meinungsaustausch, der pandemiegeschuldet noch per Videoübertragung stattfand, freuen sich jetzt alle Gesprächsteilnehmer auf einen künftigen persönlichen Dialog und eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit. ■

Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes

Auch Bezirke zeigen klare Kante

Auf ungeteilte Zustimmung bei Berliner Bezirksbürgermeisterinnen und -bürgermeistern ist dbb Landeschef Frank Becker mit der Forderung nach einer effektiven Bekämpfung der Gewalt gegen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes gestoßen.

Becker, der sich zur Zeit über die Zustände vor Ort, unter anderem in Bürger- und Ordnungsämtern oder bei der Jugendhilfe, informiert, will mit seinen Gesprächen größtmögliche Geschlossenheit aller Landesorgane in der drängenden Frage der Gewaltbekämpfung erreichen: „Der Rat der Bürgermeister hat schließlich ein gewichtiges Wörtchen mitzureden, wenn Senatsvorlagen beraten werden“, erläutert Becker den Zusammenhang. Aber auch ohne landesweit einheitliches Vorgehen werden in den Bezirken bereits durchaus wirksame Gegenmaßnahmen ergriffen. In Köpenick etwa erfuhr Becker von Bezirksbürgermeister Oliver Igel (SPD), dass jede Gewalttat gegen Beschäftigte konsequent zur Anzeige gebracht wird. Sein Kollege in Lichtenberg, Michael Grunst (Die Linke), will mit einem ei-

genen Podcast auf der Internetseite des Bezirksamts möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern die Arbeit des Bezirksamtes transparenter machen. „Wir arbeiten daran, dass noch mehr Menschen sich für den Bezirk interessieren, aber auch dafür, dass Verwaltung besser verstanden und erlebbar wird“, so Grunst. Auch in Steglitz-Zehlendorf stieß Becker mit seinem Anliegen bei der neu gewählten Bezirksbürgermeisterin Maren Schellenberg auf offene Ohren. Die Grünen-Politikerin hatte schon im Wahlkampf mit ihrem Engagement für eine moderne und transparente Verwaltung geworben, die sowohl den Anforderungen der Bürgerinnen und Bürger als auch den Mitarbeitenden im Sinne von guten Arbeitsbedingungen gerecht wird. Die Gesprächsreihe wird fortgesetzt. ■

Karriereportal „HAUPTSTADT MACHEN“

Erfahrungsberichte gesucht!

Das Berliner Karriereportal „HAUPTSTADT MACHEN“ will nach einem Relaunch noch attraktiver und praxisbezogener werden. Gesucht werden deshalb Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die berichten, wo und warum sie gern beim Land Berlin arbeiten.

Die Mühe wird belohnt: Unter den Einsenderinnen und Einsendern verlost die Senatsverwaltung für Finanzen 100 sogenannte Marken-Starterkits, die den Bekanntheitsgrad des Karriereportals erhöhen sollen. Der Inhalt der Starterkits kann sich mit einer Powerbank und einem Sitzkissen sowie je zwei Fahrradsattelbezügen, Baumwollbeutel und Holzkugelschrei-

bern sehen lassen. Auf allen Teilen prangt der Aufdruck HAUPTSTADT MACHEN im neuen Design. Wer mitmachen und damit einen ganz persönlichen Beitrag zur Nachwuchswerbung für die Berliner Verwaltung leisten will, kann sich über das landesweite Beschäftigtenportal https://b_intern.de/sen/finanzen/aktuelles/artikel.1168364.php informieren. ■

Der Fluch der Technik

Die Beihilfestelle beim Landesverwaltungsamt ist eine der Berliner Behörden, die ihre Fachaufgaben aus technischen Gründen nicht ins Homeoffice verlagern können. Nach zwei Jahren Coronapandemie wirkt sich dieser Fluch der Technik, den das Amt selber nicht beseitigen kann, verhängnisvoll für die Beschäftigten wie auch für die Beihilfeberechtigten aus.

Während Letztere sich in Geduld üben und teilweise bis zu acht Wochen auf einen Beihilfebescheid warten müssen, sind bei der Belegschaft immer mehr Infektionen und Quarantänefälle zu beklagen. Insbesondere die Omikron-Welle, wurde dem dbb berlin auf Anfrage mitgeteilt, trifft die Beihilfestelle seit Wochen mit voller Wucht. Kein Wunder, denn viele jüngere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fallen aufgrund der hohen Inzidenzen in Schulen aus.

Kontaminierte Büros

Aber auch in der Beihilfestelle selbst ist die Ansteckungsgefahr groß. Denn 20 ihrer Räume wurden durch Staubbelastung mit Schwermetallen, insbesondere Blei und Arsen, durch die benachbarte Großbaustelle der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen kontaminiert und durch die Unfallkasse Berlin gesperrt. Das heißt, während allerorten Abstand das Gebot der Stunde ist, steht die Beihilfestelle einer massiven Verdichtung ihrer Arbeitsplätze und damit einem erhöhten Infektionsrisiko gegenüber. Bis die gesperrten Räume nach einer Feinreinigung wieder freigegeben werden, können Wochen ins Land gehen, schlimmer noch, weitere Raumsperren sind nicht auszuschließen. Schließlich fallen die skizzierten technischen und räumlichen Probleme in einer Pandemie natürlich mit einem deutlichen Anstieg des Arbeitsvolumens zusammen.

Die Senatsverwaltung für Finanzen will jetzt mit technischer Sonderausstattung schnell Abhilfe schaffen. In einer Stellungnahme gegenüber dem dbb berlin heißt es darüber hinaus: Oberste Priorität haben die Abmilderung finanzieller Härten. Sämtliche pflegebedingte Aufwendungen und „eilige“ Vorgänge wie Aufwendungen ab 4.000 Euro, Beihilfen für niedrige Besoldungsgruppen und besondere Einzelfälle würden bis auf sehr wenige, komplexe Einzelfälle innerhalb von fünf bis zehn Arbeitstagen abgerechnet.

Zweitägige Sonderaktion vor Weihnachten

In einer Sonderaktion seien im Dezember 2021 darüber hinaus an zwei Tagen rund 16.000 Anträge

mit bis zu drei Belegen bearbeitet worden, um möglichst viele Auszahlungen noch vor Weihnachten sicherzustellen. Im Februar 2022 habe man rund 1.000 sehr umfangreiche Anträge mit bis zu 50 Belegen vorgezogen, um die Betroffenen zu entlasten.

Zur temporären Aussetzung der telefonischen Erreichbarkeit der Beihilfestelle heißt es in der Stellungnahme: „Die Aussetzung der Erreichbarkeit führte zwar zu Beschwerden; diese stehen jedoch in keinem Verhältnis zur Anzahl der Beihilfeberechtigten, die dadurch schneller eine Kostenerstattung erhalten konnten. Die Kontaktaufnahme per Mail oder per Fax ist – zusätzlich zum digitalen Angebot mit der Beihilfe-App – rund um die Uhr möglich. Auf diesem Weg übersandten Rückrufbitten wird in der Regel kurzfristig nachgekommen. Persönliche Termine im ServicePunkt der Beihilfestelle sind ebenfalls wieder möglich. Diese können kurzfristig gebucht werden.“

Personelle Engpässe

Zahlreiche Beschäftigte hätten sich inzwischen beruflich neu orientiert. Altersbedingte Abgänge seien ohne Nachbesetzung geblieben, weil eine Einarbeitung pandemiebedingt nicht umgesetzt werden konnte. 2021 eingestelltes Personal habe schließlich nur unzureichend geschult lediglich bedingt eingesetzt werden können. Diesen Fakten und den zusätzlichen Einschränkungen durch die Feinstaubbelastung aus der benachbarten Großbaustelle stehe ein deutlicher Anstieg der Antragszahlen von durchschnittlich 10.000 pro Woche in 2019 mittlerweile 12.000 bis 13.000 gegenüber.

Durchaus Verständnis für die schwierige Situation in der Beihilfestelle zeigte dbb Landeschef Frank Becker. Allerdings erwarte der dbb berlin jetzt unverzüglich Maßnahmen, die die Einrichtung ausreichender Homeoffice-Arbeitsplätze beschleunigen und das Personal verstärken. „Es darf nicht sein, dass die Kolleginnen und Kollegen so lange auf die ihnen zustehende Beihilfe warten müssen!“ Große Anerkennung zollte Becker den Leistungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Beihilfestelle. ■

Das hauptstadt magazin hat Geburtstag

20 Jahre und kein bisschen leise

Vor 20 Jahren oder genauer gesagt im Februar 2002 ist erstmals das hauptstadt magazin erschienen. Der dbb berlin hat damit die frühere „Beamtenzeitung“ als Informationsorgan für seine Mitglieder ersetzt und gleich mehrere Fliegen mit einer Klappe geschlagen: Zum einen ist das handliche Magazinformat sehr lesefreundlich, zum anderen hatte der alte Titel den starken Mitgliederanteil aus dem Tarifbereich überhaupt nicht einbezogen. Schließlich ließ die neue Bezeichnung „hauptstadt magazin“ erahnen, dass die Publikation sich im Laufe der Zeit von einem rein gewerkschaftspolitischen Sprachrohr zu einem Blatt mausern würde, das auch dem gesellschaftspolitischen und kulturellen Geschehen in der Hauptstadt Rechnung trägt.

Bei seinem Start erschien das hauptstadt magazin zunächst vierteljährlich mit acht Seiten Umfang. Wenn es sich damals zunächst auf die Wiedergabe der gewerkschaftspolitischen Positionen und Forderungen des dbb berlin beschränkte, hatte das neben der begrenzten Seitenzahl auch einen unerfreulichen politischen Grund: Die Landesregierung unter dem Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit hatte den sogenannten „Solidarpakt“ aufgelegt, der den Berliner Landesbediensteten nicht nur über Jahrzehnte schwere materielle Sonderopfer auferlegte, sondern den Landesdienst insgesamt auf Biegen und Brechen zusammengeschrumpft hat. Unter beiden Maßnahmen leidet die kaputtgesparte Berliner Ver-

waltung bekanntlich noch heute und der dbb berlin hatte und hat heute noch alle Hände voll zu tun, Schlimmeres zu verhindern.

Verbesserte Mitgliederinformation

Schon 2005 wurde das Magazin aber auf seinen heutigen Umfang von sechzehn Seiten erweitert und erschien zehn Mal im Jahr. Wichtiger noch: Der dbb berlin rückte in Sachen Mitgliederinformation näher mit dem dbb Bund zusammen und stellte fortan seinen Mitgliedern im Rahmen des vom DBB Verlag angebotenen sogenannten Optiprint-Modells zusammen mit dem hauptstadt magazin ein eingehaftetes „dbb magazin“ der Bundesorganisation zur Verfügung.

Neues Layout und breitere Themenpalette

Im Jahre 2013 sorgte eine neue dbb Landesleitung unter dem Vorsitz von Frank Becker zunächst dafür, dass das optisch etwas in die Jahre gekommene hauptstadt magazin mit einem neuen Layout aufgepeppt wurde und sein jetziges sehr viel frischeres Aussehen annahm. Wechselnde Titelbilder etwa unterstrichen den Bezug zu Berlin oder zum jeweiligen Titelthema und die Bebilderung insgesamt wurde großzügiger und einprägsamer. Vor allem aber legte die Landesleitung großen Wert auf eine breitere Themenpalette, ohne dass die gewerkschaftspolitische Berichterstattung Schaden nahm. Denn die berufspolitischen Herausforderungen für den dbb berlin waren im Laufe der Zeit keineswegs weniger geworden. Der Besoldungsrückstand der Berliner Beamten hatte ein Ausmaß erreicht, dass sogar der Petitionsausschuss angerufen wurde. Mangelnde Wertschätzung für die Beschäftigten, gestoppte Lehrerverbesserung, Personalnot und wachsende Gewalt gegen die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des öffentlichen Dienstes hatten sich zu weiteren Problemen herauskristallisiert.

Titel der ersten Ausgabe im Februar 2002



© dbb berlin (3)

Reportagen vor Ort

In vielen Reportagen hat das hauptstadt magazin seitdem die sich zuspitzende Situation vor Ort beschrieben, etwa bei der Feuerwehr, in Krankenhäusern, bei der Berlin Transport, im Strafvollzug, an den Schulen oder auch bei den Gerichtsvollziehern. Auch die dbb Fachgewerkschaften lieferten und liefern regelmäßig Situationsberichte aus ihren Bereichen.

Vor Ort ist das hauptstadt magazin seit einigen Jahren, aber auch dort, wo Berlin seine schöne Seite zeigt, etwa im Zoo, im Friedrichstadt-Palast, in der Deutschen Oper, auf dem Fernsehturm, im Zeiss Großplanetarium oder in den Berliner Unterwelten, um nur einige Beispiele zu nennen. Auch in verschiedene Amtssitze politischer Entscheidungsträger hat das Magazin seine Leserinnen und Leser im Laufe der Jahre mitgenommen, so ins Bundeskanzleramt, zu verschiedenen in Berlin ansässigen Ländervertretungen beim Bund oder auch ins Kammergericht.

Interessante Gesprächspartner

Interessante Informationsgespräche führte die Redaktion unter anderem mit der rbb-Intendantin Patricia Schlesinger, mit der Chefin des Berliner Rechnungshofes, Karin Klingens, und dem Leiter der Gedenkstätte Hohenschönhausen, Helge Heydemeyer. Zu Beginn der Coronapandemie besonders aktuell waren die Interviews mit dem Organisator der COVID-19-Klinik auf dem Messegelände, Albrecht Broemme, und mit der Vorstandsvorsitzenden Rotes Kreuz Berlin, Gudrun Sturm. Apropos Rotes Kreuz, auch dbb Mitglieder arbeiten dort ehrenamtlich mit – das war natürlich Grund genug für das hauptstadt magazin, Helfer aus der dbb-Familie bei Freiwilliger Feuerwehr, beim Roten Kreuz und beim Verein Herzenswünsche, der schwerkranken Kindern Lebensfreude spendet, vorzustellen.

Lukrative Preise

Schließlich darf sich die Leser des hauptstadt magazins seit vielen Jahren Monat für Monat bei einem Rätsel den Kopf zer-



brechen. Als Belohnung winken stets lukrative Preise: Die Gewinnerinnen und Gewinner konnten sich beispielsweise über einen Segeltörn auf dem Müggelsee, über eine Galavorstellung im Friedrichstadt-Palast, einen Besuch im Planetarium, auf dem Fernsehturm oder in verschiedenen Restaurants freuen. Auch die beliebten Herrenhuter Weihnachtssterne wurden einmal ausgelobt, ebenso wie Powerbanks oder Thermobecher. Kurz: Ratefüchsen winkten stets lohnende Preise.

Flagge zeigt der dbb berlin auch zunehmend bei gesellschaftspolitischen Veranstaltungen, etwa dem alljährlichen Lesbisch-schwulen Stadtfest, dem sogenannten Motzstraßenfest. Mit von der Partie ist dann natürlich auch das hauptstadt magazin.

Wegweisende Veranstaltungen

Dass bei der Themenvielfalt die Gewerkschaftspolitik nicht zu kurz kommt, dafür sorgen nicht nur die großen Herausforderungen wie Personalentwicklung, Digitalisierung oder Gewalt gegen Beschäftigte, sondern auch die wegweisenden regelmäßigen Veranstaltungen des dbb berlin. Zwei Mal im Jahr greift in normalen Zeiten eine Personal- und Betriebsrätekonferenz des dbb berlin aktuelle Mitbestimmungsfragen auf, mindestens ebenso oft wird ein prominenter Gast zur Veranstaltungsreihe „dbb im dialog“ geladen und seit April 2017 werden bei einem Parlamentarischen Frühschoppen des dbb

berlin alljährlich in lockerer Atmosphäre ernste Themen diskutiert. Besonders ausführlich greift das hauptstadt magazin außerdem Großereignissen wie Gewerkschaftstage oder Personal- und Betriebsratswahlen auf.

Vorschläge willkommen!

Wenn Sie, liebe Leserinnen und Leser, weitere Vorschläge haben, die eine Berichterstattung im hauptstadt magazin wert sind, schicken Sie einfach eine E-Mail an post@dbb.berlin. Herausgeber und Redaktion danken bereits im Voraus. ■



CLUBCOMMISSION

Die Clubcommission – Sprachrohr und Förderer der Berliner Clubszene

Eine europaweit einzigartige Clubszene hat in Berlin vor dem Ausbruch von COVID-19 alljährlich rund 700.000 Besucherinnen und Besucher angelockt und ist als wichtiger Bestandteil des kulturellen Lebens der Hauptstadt gar nicht mehr wegzudenken. Auch als Wirtschaftsfaktor spielen die 120 Clubs mit ihrem durchschnittlichen Jahresumsatz von 170 Millionen Euro beziehungsweise 1,5 Milliarden Euro, wenn man die indirekten Umsätze in Gastgewerbe und Handel durch die Clubtouristen hinzuzählt, anerkanntermaßen eine beachtliche Rolle. Das war in der bisherigen Geschichte des Berliner Nachtlebens allerdings nicht immer so, wie der Pressesprecher der Clubcommission, Lutz Leichsenring, dem hauptstadt magazin erläutert hat.

Erst die 2001 gegründete Clubcommission hat für eine professionelle Interessenvertretung der Clubs gesorgt und ganz entschieden zur Entwicklung der mittlerweile weltberühmten Szene beigetragen. Denn was heute für die jüngere Generation einer der Hauptanziehungspunkte der Hauptstadt ist, war lange in seiner Experimentierfreude und Originalität durch Bauvorschriften gehemmt, die die Clubs als „Vergnügungstätten“ wie etwa Spielkasinos oder Bordelle klassifizierten. Damit waren sie nur in den städtischen Kernbereichen zulässig, in denen hohe Mieten die Entstehung eines alternativen, bunten und vielfältigen Clublebens mehr oder weniger im Keim erstickt haben.

Einengende Bauvorschriften

Aber auch wenn die Berliner Clubs dank zahlloser Interventionen der Clubcommission bei Stadt, Land und sogar beim Bund längst als „Anlagen für kulturelle Zwecke“ anerkannt sind und nicht länger in ihren kreativen, alternativen Möglichkeiten blockiert sind, bleibt das Baurecht für die mittlerweile 320 Mitglieder – Clubbesitzer und Veranstalter – zählende Clubcommission ein brisantes Thema. So rücken beispielsweise mit zunehmender Bebauung Wohnhäuser immer näher an die ursprünglich eher in brachliegenden Nischen angesiedelten Clubs heran. Schallschutz ist damit ein ganz entscheidendes Thema, „denn wenn auch nur ein Nachbar berechtigt über ruhestörenden Lärm klagt, droht letztlich die Schließung“, unterstreicht Lutz Leichsenring die Problematik.

Der Berliner Senat hat das Dilemma durchaus erkannt und der Clubcommission eine Million Euro für Schallschutz zur Weiterleitung an die Clubs bewilligt – keine Unsumme: „Schon eine einzige Maßnahme schlägt in der Regel mit 50.000 Euro zu Buche“, beziffert Leichsenring die Kosten der Schalldämmung. Die Mittelzuwendung lässt aber erkennen, dass die Clubs mit ihrer Strahl- und Wirtschaftskraft für die Landesregierung, allen voran für den Kultur- und den Wirtschaftssenator, durchaus entscheidungsrelevant sind.

Konstruktiver Dialog

Nicht nur rechtliche und wirtschaftliche Fragen beschäftigen die Clubkommission: Ob es um Stadtentwicklung geht – Clubs sind durchaus in der Lage, die Attraktivität eines Stadtteils deutlich zu erhöhen – um Drogenprävention oder auch um Sicherheit, die Clubcommission sucht im konstruktiven Dialog mit den maßgeblichen städtischen Ansprechpartnern stets adäquate Lösungen. So etwa auch im Falle verschiedener DJ-Kollektive, die in einer öffentlichen Parkanlagen für ausgelassene Stimmung und Tanzvergnügen sorgen – allerdings im rechtsfreien Raum. Wieder war es Clubcommission, die mit sachlichen Verhandlungen Abhilfe schaffen konnte: Der Spaß musste kein vorzeitiges Ende nehmen, sofern Lautstärkeregelungen beachtet und ausreichende Müllentsorgung sichergestellt wurden.

Vor extremen Herausforderungen steht die Clubcommission in der aktuellen Coronakrise. Nicht nur, dass der Lockdown im vergangenen Jahr das gesamte Berliner Nachtleben stillgelegt hat, auch die derzeit geltenden Hygieneregeln sind mit ihrem Tanzverbot für die Clubs so problematisch, dass die meisten ganz geschlossen bleiben. Größere Clubs mit Restaurationsbetrieb trotzen der Krise noch am ehesten und übernehmen dabei auch gern soziale Verantwortung mit Test- und Impfprogrammen.

Großes soziales Engagement

Überhaupt kann sich das soziale Engagement der Berliner Clubs sehen lassen. So wurde beispielsweise ein ganzes Krankenhaus im Senegal mit Spendenmitteln des „Sage Beach“ gebaut und seit knapp 20 Jahren finanziert. Ebenfalls auf Spendenbasis erhalten 200 Obdachlosen täglich eine warme Mahlzeit durch das Engagements des angeschlossenen Restaurants.

Böses Erwachen nach Corona?

Besondere Sorge bereitet der Clubcommission schon jetzt die Zeit nach der Pandemie. Die Rückkehr ins normale Leben dürfte sich für die Clubs nämlich alles andere als einfach gestalten. „Club-Teams, die die Hälfte des Club-Erfolgs ausmachen sind während der Coronakrise zerfallen und gehen notgedrungen anderen Beschäftigungen nach. Kompliziert dürfte sich auch die Wiederaufnahme attraktiver Liveprogramme mit ihren erheblichen Vorlaufzeiten gestalten. Teilweise müssen mehr als 20 Künstler pro Abend verpflichtet werden, die sich in den vergangenen Monaten aber möglicherweise in alle vier Winde verstreut haben“, skizziert der Pressesprecher die Hauptschwierigkeiten.

Ein enormes Paket, das die Clubcommission und speziell ihr vierköpfiger ehrenamtlicher Geschäftsführenden Vorstand, zu dem auch Pressesprecher Lutz Leichsenring zählt, schultern müssen. Unterstützt wird das Führungsteam dabei von einem ebenfalls ehrenamtlichen elfköpfigen Erweiterten Vorstand sowie 15 hauptamtlichen Mitarbeitern.

Das hauptstadt magazin wünscht allen bei ihrer wichtigen Arbeit viel Erfolg, insbesondere wenn es darum geht, die einzigartige Berliner Clubszene nach der Pandemie wiederzubeleben.

Mehr Informationen:
clubcommission.de

Der Jakobsweg beginnt (auch) in Berlin

... und ist vor allem kaum zu verfehlen. Dafür hat ein überzeugter Berliner Pilger gesorgt, der – wohlgernekt im Alleingang – in Tempelhof-Schöneberg eine Ausschilderung des Jakobswegs initiiert hat. Dem Vorbild folgten wenig später auch die Bezirke Steglitz-Zehlendorf und Friedrichshain-Kreuzberg. Beeindruckt von dem Engagement des jungen „Pilger-Aktivisten“ wollte das hauptstadt magazin Genaueres über die Leidenschaft und die Initiativen von Jörg Steinert für den Jakobsweg erfahren.

Ein mit Bedacht gewählter Treffpunkt für ein Informationsgespräch, das dem Anlass entsprechend übrigens im moderaten Wandersschritt stattfand, war der Matthäifriedhofsweg unweit des Bahnhofs Südkreuz. Am Zaun der Gartenarbeitsschule Tempelhof-Schöneberg hängt dort nämlich mit freundlichem Einverständnis der Leiterin der Einrichtung ein großes Banner, das nicht nur einen munteren Pilger auf dem Jakobsweg zeigt, sondern auch die Entfernung zum traditionellen spanischen Zielort Santiago de Compostela auf genau 2.963 Kilometer beziffert. Abschrecken will diese Entfernungsangabe,



die selbst für einen geübten Wanderer gleichbedeutend mit einem Zeitaufwand von drei bis vier Monaten wäre, natürlich niemanden. Der Weg kann auch hier das Ziel sein.

So sind nur die etwa drei Kilometer bis zum Drachenspielplatz in Steglitz-Zehlendorf notwendig, um den Erfolg von Jörg Steinerts Initiative nachvollziehen zu können: Denn in regelmäßigen Abständen – und an Weggabelungen sowieso – leuchtet auf blauem Grund die traditionelle gelbe Muschel, die Richtung Spanien weist. Mit ihren fächerförmig angeordneten Strahlen symbolisiert sie



zugleich, dass viele Wege nach Santiago führen. Komplette Stromkästen sind dank der Unterstützung von Stromnetz Berlin zu Wegzeichen umdekoriert worden und am Drachenspielplatz präsentiert sich sogar ein ganzes Trafohäuschen bunt bemalt mit Pilgermotiven.

100-prozentige Zustimmung in den Bezirken

„Ohne Zustimmung der Bezirke sind Markierungen auf öffentlichen Wegen natürlich nicht erlaubt“, beschreibt Jörg Steinert die anfänglichen Hürden für die Beschilderung. Kurzerhand hat er deshalb im Oktober 2019 die Mitglieder der Bezirksverordnetenversammlung Tempelhof-Schöneberg angeschrieben, und zwar offenbar so überzeugend, dass sein Anliegen bereits zwei Monate später einstimmig beschlossen wurde. An diesen Erfolg konnte später gleichermaßen in Steglitz-Zehlendorf und Friedrichshain-Kreuzberg angeknüpft werden.

War schon diese schnelle und einmütige politische Entscheidung höchst überraschend, so verlief die offizielle Einweihung des frisch markierten Camino, wie die spanische Bezeichnung für den legendären Weg heißt, bei einem Neujahrsspaziergang Anfang Januar 2020 nicht minder unerwartet: Statt der angenommenen etwa 20 Teilnehmer machten sich gut 150 Frauen, Männer und Kinder auf den Weg und brachten den Organisator – wiederum kein anderer als Jörg Steinert – ganz schön ins Schwitzen. Dieses Mal aber bereits mit organisatorischer Unterstützung der Jakobusgesellschaft.

Kein Wunder, dass die Jakobusgesellschaft, die in Brandenburg den 1987 vom Europarat zum Europäischen Kulturweg ernannten Pilgerpfad bereits betreute, den tatkräftigen „Berliner Botschafter“ des Jakobswegs zunächst zum offiziellen Wege-Beauftragten und schließlich zum Präsidiumsmitglied machte.

Berliner Pilgerzentrum geplant

Auf seinen Lorbeeren ausgeruht hat sich Jörg Steinert aber keineswegs: Auch Kirchengemeinden und Unternehmen konnte er als Unterstützer gewinnen. So findet, wer einen Pilgerpass besitzt, in Berlin inzwischen an der Schöneberger Königin-Luise-Gedächtniskirche eine Stempelstation, ebenso in der St. Jacobi-Kirche in Kreuzberg, wo auch ein Ber-

liner Pilgerzentrum mit Herberge und Bibliothek entstehen soll.

Darüber hinaus können sich künftige Pilger an den Volkshochschulen Steglitz-Zehlendorf und Tempelhof-Schöneberg in zweitägigen Kursen von Jörg Steinert gründlich auf ihr Abenteuer vorbereiten lassen, damit es ihnen weder an praktischer Ausrüstung noch an mentaler Stärke für den beziehungsweise die Jakobswege fehlt.

Jakobswege in ganz Europa

Denn nicht nur durch Spanien, sondern durch sehr viele andere europäische Länder, unter anderem Frankreich, Portugal, Schweiz und natürlich Deutschland, führen Jakobswege, auch wenn die Haupttrassen eher im weiteren Umfeld von Santiago de Compostela liegen, wo die Gebeine des Namensgebers des gesamten Wegenetzes, von Apostel Jakobus, liegen. Aber auch in relativer Nähe zu Berlin ist ganz besonders gut Pilgern, nämlich auf dem über 400 Ki-

lometer langen Ökumenischen Pilgerweg entlang der Via Regia zwischen Görlitz und Vacha, der in Leipzig den von Berlin kommenden Jakobsweg entlang der alten Reichsstraße Via Imperii kreuzt.

Was Jörg Steinert, der die Pilgerleidenschaft vor sieben Jahren für sich entdeckt hat, zu einem derartig engagierten Camino-Fan hat

werden lassen, ist allerdings kaum in ein paar Sätzen zu beschreiben. Befreiung vom Alltag, Besinnung auf das innere Selbst, und die Spiritualität eines Weges, der die Spuren abertausender Pilger aus vielen Jahrhunderten aufweist, sind nur einige Stichworte, für das, was heute wieder genauso viele Menschen wie einst im Mittelalter auf den Pilgerpfad treibt.

Mehr Aufschluss darüber dürfte ein Buch geben, in dem Steinert seine reichen Erfahrungen und Erlebnisse auf mittlerweile über 6.000 Kilometer auf Jakobswegen beschreibt. Der Band ist unter dem vielsagendem Titel „Pilgerwahnsinn – Warum der Jakobsweg süchtig macht“ erschienen und auch als ebook erhältlich.

Wen jetzt die Neugier gepackt hat, der findet noch sehr viel weitergehende Informationen unter: www.pilgerwahnsinn.de und www.brandenburger-jakobswege.de. ■



Farbe	↘	Nähergät	die erste Frau (A. T.)	Klettertrieb einer Pflanze	Schauspieler	↘	unbestimmter Artikel	Blattwerk der Bäume	↘	Weltmacht (Abkürzung)	Vorgesetzter	↘	Ringel-, Saugwurm	↘	Rosenlorbeer	schmaler Weg	↘								
Tatkraft, Spannkraft	→					↻ 7		ebenfalls	→				größere Meeresbucht	→											
vulkan. Gesteinschmelzfluss	→				Fehlbetrag, Verlust	→				↻ 8	kleines Lasttier	→				Fluss zur Donau									
↘	↻ 5							ugs.: verblüfft	→				Kummer, Seelenschmerz	→											
ein Amt niederlegen	Zweig d. Landwirtschaft		Adelstitel		<p>Unsere Gewinner</p> <p>Beim Preisrätsel aus der Januar/Februar-Ausgabe 2022 des hauptstadt magazins haben je einen Thermobecher gewonnen:</p> <p>Marco Feige, 10553 Berlin Karsten Zieger, 12107 Berlin Nils Burkhardt, 12207 Berlin</p> <p>Das Lösungswort war „Gleitzeit“.</p>								Vogelweibchen, Huhn	plastisch hervortretend			Schwur								
↘																					↻ 6				
Auswirkung, Ergebnis	Zierpflanze, Liliengewächs		Liebste; Leistungsfähigste																		Vorrichtung zum Kochen, Backen			Bücherbord	
Stock; Hochsprunggerät																					verblüht, vertrocknet	→			
↘				↻ 1	persönl. Fürwort (zweite Person)	Brennstoff aus Kohle	↘	Landwirtschaftsgarten	↘	Opernsolo-gesang	↘	Handels-gut					Uni-versum								
Teil der Treppe		Getreide-speicher						Ver-schleiß, Abnut-zung	→				↻ 4		chem. Zeichen für Gallium										
Arznei-kundiger, Pharma-zeit										unge-setzlich	→														
oberhalb von etwas					↻ 2	kleinere Glaubens-gemein-schaft	→					Schuss-geräusch	→				↻ 3								

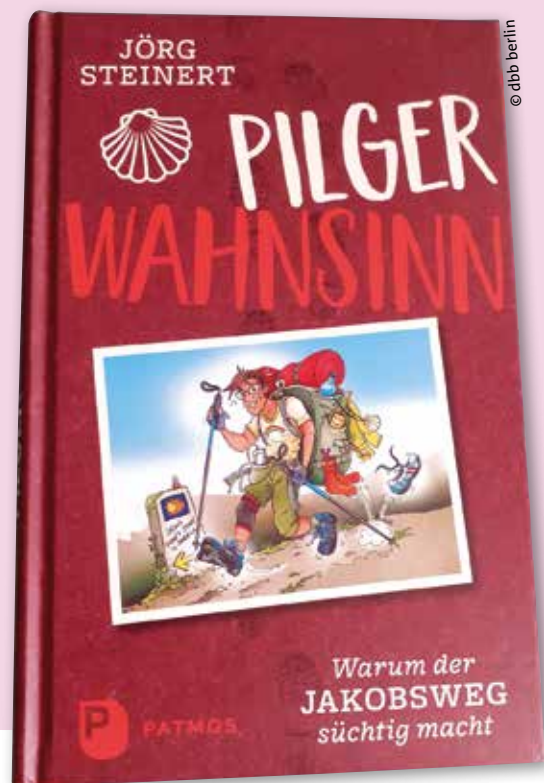
Warum der Jakobsweg süchtig macht ...

... erfahren die Gewinner des Preisrätsels in dieser Ausgabe aus erster Hand. Denn wir verlosen unter den richtigen Einsendungen dreimal Jörg Steinerts Buch „Pilgerwahnsinn“, das den einen oder andern schon zu einem völlig neuen Abenteuer verleitet hat.

Schicken Sie das Lösungswort bis **15. März** an:

dbb berlin
 post@dbb.berlin
 Fax: 030 327952-20

Der Gewinn wird unter den richtigen Einsendungen ausgelost. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



© dbb berlin

PREISRÄTSEL



Lehrkräftemangel verschärft sich!

Mit großer Besorgnis hat der stellvertretende Landesvorsitzende des VBE Berlin, Hanno Rüter, auf die Ergebnisse einer vom VBE Bund in Auftrag gegebenen Studie zum Lehrkräftebedarf bis zum Jahr 2030 reagiert: „Die Schere zwischen prognostiziertem Bedarf und zu erwartenden Absolventen des Lehramtsstudiums öffnet sich deutlich weiter als von der KMK prognostiziert.“

Gerade für Berlin, das heute schon unter ausgeprägtem Lehrkräftemangel leidet, lasse die überdurchschnittlich steigenden Schülerzahlen kurz- und mittelfristig eine massive Unterversorgung befürchten.

„Der Senat muss schnell handeln“, forderte Rüter, „es ist schon zu viel Zeit mit ideologischen Debatten vertan worden. Die Verbeamtungen der Lehrerinnen und Lehrer müssen rasch umgesetzt werden, um weitere Abwanderungen zu verhindern.“

Darüber hinaus gelte es, den Beruf attraktiver zu gestalten: Eine Verringerung des Deputats, die Wiedereinführung der Vorklassen, die Gründung einer pädagogischen Universität und vieles andere mehr sei möglich und sinnvoll, um mittelfristig mehr Lehrkräfte zu gewinnen. Nur ein „Weiter so“ dürfe es nicht geben. ■

Besteuerung soll angepasst werden

Mit einer dreijährigen Dauer der Pandemie hat der Gesetzgeber wohl nicht gerechnet, als er den Steuerfreibetrag für Coronaprämien beschlossen hat. Denn entgegen des sonst üblichen Verfahrens, Freigrenzen auf den Veranlagungszeitraum zu beziehen – bei der Einkommensteuer ein Jahr – gilt der 1.500-Euro-Freibetrag für die Corona-Prämie unbegrenzt. Das heißt im Laufe der mittlerweile drei Jahre andauernden Pandemie wurde er in vielen Fällen längst überschritten. Der Wille des Gesetzgebers dürfte das aber nicht gewesen sein. Das Bundeskabinett hat deshalb die Ausweitung auf 3.000 Euro beschlossen. Bundestag und Bundesrat müssen noch zustimmen.

Jetzt ist es amtlich!

Die bereits in der Januar/Februar-Ausgabe des hauptstadt magazins in Aussicht gestellte Möglichkeit von Teilzeitfreistellungen für gewerkschaftliche Zwecke ist jetzt beschlossene Sache. In einem entsprechenden Rundschreiben an die Berliner Behörden und Einrichtungen hat die Senatsverwaltung für Finanzen eine Ausnahmeregelung erteilt, die auch halbe Sonderurlaubstage zulässt. Anstoß zu dieser Flexibilisierung hatte der dbb berlin gegeben, weil immer häufiger Video-Konferenzen und -tagungen durchgeführt werden, die keine ganztägige Freistellung erfordern.